

Art der Verarbeitungstätigkeit

Hilfe zum Lebensunterhalt

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Kreisverwaltung Kaiserslautern
- Fachbereich 4.2 -
Lauterstraße 8
67657 Kaiserslautern
Telefon +49 (0)631/7105-489
Telefax + 49 (0)631/7105-474
Webseite: <https://www.kaiserslautern-kreis.de>
E-Mail: info@kaiserslautern-kreis.de

2. Beauftragte für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Kreisverwaltung Kaiserslautern
- Datenschutzbeauftragte -
E-Mail: datenschutz@kaiserslautern-kreis.de
Telefon: + 49 (0) 631 7105-750
Telefax: + 49 (0) 631/7105-94750

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden zur Bearbeitung Ihres Antrags auf Hilfe zum Lebensunterhalt erhoben und verarbeitet. Dies ist erforderlich, um die Leistungsvoraussetzungen zu prüfen, die Berechnung, Auszahlung und Verwaltung von Geldleistungen vorzunehmen sowie Sie umfassend beraten zu können. Darüber hinaus werden personenbezogene Daten auch bei der Beteiligung weiterer Sozialleistungsträger, bei der Durchführung von Erstattungsansprüchen, bei der Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen, bei der Bekämpfung von Leistungsmissbrauch sowie ggf. zu Prüfzwecken durch den Landesrechnungshof bzw. das Rechnungsprüfungsamt verarbeitet.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Artikel 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO i.V.m. §§ 67 ff. SGB X. Darüber hinaus ist gem. Artikel 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO eine Datenverarbeitung auch zulässig, wenn die betroffene Person ihre Einwilligung erteilt hat.

Hilfe zum Lebensunterhalt neu

Postanschrift
Lauterstraße 8
67657 Kaiserslautern

Öffnungszeiten
Lauterstraße 8, 67657 Kaiserslautern
Mo, Di 08.00 - 12.00 + 13.30 - 16.00 Uhr
Mi, Fr 08.00 - 12.00 Uhr
Do 08.00 - 12.00 + 13.30 - 18.00 Uhr

Telefon
0631/7105-0
Telefax
0631/7105-474

Internet
www.kaiserslautern-kreis.de
E-Mail
info@kaiserslautern-kreis.de

Bankverbindung
Sparkasse Kaiserslautern
IBAN DE69 5405 0220 0000 0058 68
BIC MALADE51KLK
Gläubiger-ID-Nr.: DE03ZZZ00000029112

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Personenbezogene Daten können, soweit eine gesetzliche Übermittlungsbefugnis vorliegt, an folgende Empfänger übermittelt werden:

- Andere Sozialleistungsträger (z.B. Deutsche Rentenversicherung, Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter, Wohngeldbehörde, Berufsgenossenschaften, Pflegekassen)
- Vermieter
- Bundesknappschaft
- Kreisrechtsausschuss
- Gerichte
- Leistungserbringer
- Andere Stellen der Verwaltung und den dazugehörigen wirtschaftlichen Unternehmen, Gemeinden (z.B. Ausländerbehörde, KFZ-Zulassungsstelle, Abfallwirtschaftsbetrieb, Versicherungsamt)
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Landesrechnungshof
- Rechnungsprüfungsamt
- Finanzämter
- Bundeszentralamt für Steuern
- Bundesamt für Finanzen

Darüber hinaus können folgende Stellen Ihre Daten erhalten:

Vom Landkreis Kaiserslautern eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DSGVO) insbesondere im Bereich IT-Dienstleistungen (auch Fernwartung), Logistik- und Druckdienstleistungen, die Ihre Daten weisungsgebunden für uns verarbeiten

Dritte nur bei Vorliegen einer gesetzlichen, vertraglichen oder behördlichen Verpflichtung.

5. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Eine Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation findet grundsätzlich nicht statt.

Nur ausnahmsweise übermitteln wir Ihre Daten in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR (Drittländer) soweit dies zur Ausführung des gesetzlichen Verwaltungshandelns erforderlich ist.

6. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Ihre Daten werden grundsätzlich nicht länger gespeichert, als sie für die jeweiligen Verarbeitungszwecke benötigt werden. Eine darüberhinausgehende Speicherung erfolgt ausschließlich zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen.

Diese können sich zum Beispiel aus der Bundes- oder Landeshaushaltsordnung, der Abgabenordnung oder dem Handelsgesetzbuch ergeben und 10 Jahre betragen.

7. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. b bis c DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)

Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)

Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft.

Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.

Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, insbesondere

- soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit
- wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
- wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

Recht auf **Widerruf der Einwilligung**

Erfolgt die Verarbeitung Ihrer Daten aufgrund einer Einwilligung, haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

8. Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 2 lit. d i.V.m. Art. 77 DS-GVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz

Hintere Bleiche 34

55116 Mainz

Telefon: +49 (0) 6131 8920-0

Telefax: +49 (0) 6131 8920-299

Webseite: www.datenschutz.rlp.de

E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de